

Saisonieren statt integrieren



In Österreich sind Fremde insbesondere dann willkommen, wenn sie hier ihren Urlaub verbringen wollen. Entschließen sich Fremde nach Österreich zu kommen um hier Schutz vor Verfolgung zu suchen, bzw. um hier arbeiten zu können, ist die Freude über ihre Anwesenheit eher geteilt.

Zunächst sind hier diejenigen Fremden, die nach Österreich kommen müssen, weil sie fürchten in ihren Heimatländern aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen verfolgt, diskriminiert oder gar getötet zu werden. Diesen Asylwerbern wird bereits seit vielen Jahren nur zu einem äußerst geringen Prozentsatz tatsächlich Schutz vor Verfolgung in Österreich gewährt.

Für diejenigen, die aber in Österreich schon längere Zeit leben und hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben, oder diejenigen die hier arbeiten, bzw. auch nur bei ihren mitunter schon vor Jahren eingewanderten Familien wohnen wollen, wurden und werden vor allem aus populistischen Erwägungen die Bedingungen für den Eintritt nach Österreich und ihren Verbleib hier in den letzten 15 Jahren kontinuierlich erschwert.

Mit dem so genannten „Integrationspakt“ ist man dem Bestreben, endlich die sogenannte „Null-zuwanderungsquote“ verkünden zu können wieder einen wesentlichen Schritt näher gekommen. Ist die Schwarz-Blaue-Koalition zunächst mit dem Ansinnen angetreten, dass alle in Österreich legal aufhältigen Personen hier auch arbeiten dürfen sollten, ist nunmehr davon nicht mehr viel übriggeblieben. So werden die an und für sich begrüßenswerten Ansätze, Fremde in Österreich zu integrieren, nicht auf freiwilliger Basis durch Förderungsmassnahmen verwirklicht sondern werden durch den gesetzlich normierten Integrationszwang in Wirklichkeit zu einem weiteren Repressionsmittel. So werden für nicht bestandene Deutschprüfungen zunächst Geldstrafen verhängt, letztendlich droht als ultimative Sanktion die so genannte „Aufenthaltsbeendigung“, also letztend-

lich Ausweisung und Abschiebung.

Andererseits erhalten selbst solche „integrierte Fremde“ nicht schon mit der Niederlassungsbewilligung auch eine Arbeitsbewilligung.

Obwohl den Regierungsparteien bewusst sein muss, dass legal beschäftigte Ausländer ungleich leichter zu integrieren sind, sieht das FP-VP Integrationspaket hier eine äußerst ungenierte Zweigleisigkeit vor, die sowohl dem Wirtschaftsklientel der VP, aber auch gleichzeitig den tumulen Zuwanderungsgegnern einen Erfolg des jeweiligen Koalitionspartners signalisieren sollen.

Wird nämlich einerseits die klassische Zuwanderung durch drastische Senkung der Quoten und zusätzliche Schikanen massiv bekämpft, werden die von der Wirtschaft dringend benötigten Billigarbeiter über die neu eröffnete Saisonier-Schleusen nach Österreich geholt. Die vorgebliche Saisonierquote von 8.000 Personen wurde bereits in den letzten Jahren durch Kontingentverordnungen des Ministers Bartenstein auf über 31.000 Saisoniers erhöht. Auch dürfen im Zuge der „Joint-Venture-Verordnung“ Angehörige ausländische Firmen künftig 6 Monate ohne entsprechende Bewilligung jobben. Auch ist die Ausweitung der Zulassung von Tages- und Wochenpendlern, die keiner Quotenregelung unterliegen geplant.

Für diese Saisoniers gelten die „Integrationsauflagen“ freilich nicht. Vielmehr haben sie auch nach Ablauf ihrer Bewilligung keine Möglichkeit diese zu verlängern. Deshalb sind diese Personen auf Grund ihres kurzfristigen legalen Verbleibes in Österreich nicht nur sozial schlechter abgesichert, sondern insbesondere ökonomisch natürlich leichter erpressbar. Gleichzeitig wird durch das Forcieren der Saisoniers ein zusätzlicher Druck auf die sozial schwachen Schichten in Österreich ausgeübt, der wiederum die Ressentiments gegen das „Fremde“ schüren wird.

Das Bemühen um ein Miteinander in einer Welt, die ja angeblich immer weiter zusammenrückt, die notwendige Akzeptanz des Andersartigen in einer multikulturellen Gesellschaft tritt dabei im Streit um die Frage, welches Kontingent an Billigarbeitern volkswirtschaftlich notwendig oder verträglich ist, völlig zurück.

Die Menschlichkeit bleibt wieder einmal auf der Strecke.

Mag. Edwin Stangl

Das Verschwinden der Menschlichkeit

Ein fast wahres Märchen

Es war einmal in einem wunderschönen Land im Herzen Europas.

Wir schreiben fast das sechzigste Jahr nach dem "Großen Krieg". Das Land und seine Bewohner lebten in Ruhe und Wohlstand. In den langen Jahren nach dem Kriege waren die Leute fleißig und strebsam und erarbeiteten sich großen Reichtum den sie jahrzehntelang auch mit den Armen und ihren Nachbarn, wenn diese in Not kamen auch teilten.

Doch eines Tages, es mag so ungefähr vor zwanzig Jahren, kurz vor Ablauf der Regentschaft des "Sonnenkönigs" gewesen sein, begann sich das Denken und Fühlen der Bewohner des kleinen und glücklichen Landes langsam und fast unmerklich zu ändern. Sie wurden auf einmal geizig, kleinlich, gierig, ja man kann sogar sagen - herzlos.

Die ersten Anzeichen waren das Verschwinden der Solidarität. Wenn andere Menschen arm, arbeitslos oder krank wurden, half man ihnen weniger als früher. Man zuckte nur mit den Achseln und sagte sich, der Staat und seine Regierenden werden schon Hilfe leisten.

Doch der wollte oder konnte nicht mehr so recht. Nun war es aber so, dass damals nicht alle Nachbarn des Landes in Frieden leben wollten oder konnten. Dort herrschten Kriege, Hungersnöte, bittere Armut und vor allem vielen Kindern ging es unsagbar schlecht. Viele mussten ihr Land verlassen, ob sie wollten oder nicht und strandeten in den reichen Ländern, vor allem auch in unserem kleinen Land.

Am Anfang half man noch mürrisch und verwies dabei immer auf die schon geleistete Hilfe in vergangenen Tagen, dann beschloss man Gesetze, die es immer mehr erschwerten, dass Flüchtlinge und Schutzsuchende ins Land kommen konnten. Man stellte an die Grenzen des Landes blutjunge Leute, ohne spezielle Ausbildung, drückte ihnen Gewehre und scharfe Munition in die Hände und überließ sie ihrem Schicksal.

Von den jungen Soldaten brachten sich immer wieder selbst welche ums Leben, doch das interessierte fast niemand. Schließlich hatte man wichtigeres zu tun.

Es war die Zeit des Geldverdienens. Man hatte den Menschen eingeredet, dass jeder seines Glückes eigener Schmied sei und man nur auf seinen eigenen Vorteil schauen brauchte und schon werde man glücklich.

Eines Tages kam ein junger Mann aus Afrika in unser Land und wollte hier Schutz suchen vor dem verbrecherischen Regime in seinem eigenen Land.

Er wurde jedoch nicht beschützt, sondern festgenommen, eingesperrt und eines Tages in einen Flieger gesetzt. Er sollte in seine Land abgeschoben werden. Da die jungen Polizisten, die ihn begleiten sollten, schlecht ausgebildet waren, selber Angst hatten und die versprochenen Geldprämien nicht verlieren wollten, knebelten sie ihn vorsorglich derartig, dass der junge Mann jämmerlich erstickte.

Nach drei langen Jahren kam es endlich zu einem Prozess gegen die Täter. Doch wer war nicht angeklagt? Ihre Vorgesetzten, die politischen Verantwortlichen die diese Missstände jahrelang geduldet hatten. Im Prozess kamen sie mit einer lächerlichen, milden Strafe davon. Fast alle sagten, es sei ja schon eine gute Leistung gewesen, dass es überhaupt zu einer Anklage gekommen ist.

Die Botschaft ist klar: Kommt nicht in unser Land. Macht am besten einen großen Bogen um uns. Hier kann man als unschuldiger Mensch zu Tode geschlagen werden, ohne dass die Täter gröbere Konsequenzen erwartet. Diese Land und seine Bewohner sind gefährlich. Lebensgefährlich. Gerade deshalb weil es den meisten Menschen gleichgültig ist, was mit dem Anderen, dem Mitmenschen geschieht. In so einem Land möchte ich eigentlich nicht leben.

Maximilian Huber

Am 1. Mai 1999 wurde ein junger Mann, ein Asylwerber aus Nigeria, Marcus Omofuma, aus Österreich abgeschoben. Er war während des Fluges gefesselt, sein Mund wurde mit einem Klebeband "verschlossen", bei der Ankunft in Sofia (Zwischenlandung) wurde festgestellt, dass er in Folge verstorben war.

Erschüttert und empört erwartet man folgende Geschehnisse: Der Innenminister tritt zurück, die verantwortliche Polizisten werden sofort vom Dienst entfernt, es erfolgt eine rasche und gründliche Klärung des Vorfalls, die Schuldigen werden verurteilt, die Angehörigen entschädigt. Außerdem entwickelt sich eine öffentliche Diskussion über Asylrecht und -praxis.

Diese Erwartungen wurden gründlich enttäuscht:

www.ballhausplatz.at

Ein Dank an alle Mitmenschen !

Herzlichen Dank für die zahlreichen positiven Reaktionen auf unsere letzten Zeitungen sowie auf unsere Bitte um Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Viel haben wir vor: In Vorbereitung ist eine Veranstaltung im April 2003 mit dem Titel „Kinder im Krieg – Krieg gegen Kinder“ mit Wiener Neustädter Schülern. Außerdem im Oktober 2002 eine Diskussion zum Thema „Integration – Notwendigkeit und Realität“, mit der Nationalratsabgeordneten T. Stoisits als Referentin, im Rahmen unserer Jahresversammlung.

Informationen über weitere demnächst stattfindende Veranstaltungen finden sie in der Beilage.

„... wir können die Grenzen nicht wie ein Scheunentor öffnen“ und „Österreich war und ist kein Einwanderungsland“: Wortmeldungen vom Innenminister und vom FPÖ-Klubobmann. Auch wenn diese Sätze noch so oft wiederholt werden, wird ihre Anwendbarkeit für die Probleme der Menschen dadurch nicht besser.

„Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit“ und „Gelogen wird am meisten vor der Wahl und nach der Jagd“.

Mit diesen Worten hat ÖVP-Klubobmann Khol seine Einstellung zur Wahrheit deklariert, und man kann allen diesen Sägern nur wünschen, dass sie auf der Müllhalde der Geschichte landen.

Terror und Krieg im Nahen Osten sind sehr komplexe und vielfältige menschliche Katastrophen, Terror und Krieg können keines der Probleme lösen.

Ein wichtiger Zusammenhang im Hintergrund der schrecklichen Vorgänge ist, dass gerade die größten Waffenproduzenten der Welt die Kriegsparteien dort auffordern, ihre Kämpfe einzustellen, die immerhin mit den von ihnen gelieferten Waffen geführt werden.

Dazu: Schluss mit dem Waffenhandel !

Ausnahmslose Verfolgung von Kriegsverbrechern und ihren politischen Auftraggebern auch in Amerika, China oder Russland !

Diese drei Mächte boykottieren nach wie vor einen Kriegsverbrecher-Weltgerichtshof.

Aber auch in unserem Land gibt es skandalöse Vorgänge: Neonazis können am Heldenplatz — offiziell genehmigt — demonstrieren und ungehindert an öffentlichen Plätzen „Sieg Heil“ grölen.

Versammlungsfreiheit kann und darf dafür kein Argument sein !

Wir werden weiterhin menschenrechtliche und politische Ungerechtigkeiten anprangern, um unserem Ziel einer solidarischen Gesellschaft näher zu kommen.

Wir geben nicht auf.

Mit solidarischen Grüßen

Reinhard Panzenböck sen.

Zahlen oder Nachsehen

Was Flüchtlingen in Bundesbetreuung mit schulpflichtigen Kindern zu schaffen macht, schildert Eva Nowotny aus Wien in „asylkoordination aktuell 3/01“:

Zu den Leistungen der Bundesbetreuung gehört „eine warme Mahlzeit pro Tag“ für jedes Schulkind. Für Kinder mit Nachmittagsbetreuung gibt es dieses Essen in der Schule, sofern sie die erforderliche Anmeldung (Behördenhürdenlauf) gebracht haben. Fällt aber die Nachmittagsbetreuung aus, gibt es auch kein Mittagessen. Noch schwerer haben es Flüchtlingskinder ohne Nachmittagsbetreuung: sie bekommen ihr Mittagessen nicht in der Schule, sondern in einem Heim. Wenn sie Nachmittagsunterricht haben, ist die Mittagspause zu kurz und die Entfernung zum Heim zu groß, so dass sie sich vom behördlich finanzierten Mittagessen abmelden müssen. Außerdem: Flüchtlingskinder haben kein Anrecht auf einen Freifahrtausweis. Was österreichische Schulkinder dürfen: öffentliche Verkehrsmittel mit Schülerscheinen benutzen, dürfen Flüchtlingskinder in Bundesbetreuung nicht, die Eltern müssen das allein finanzieren, zusätzlich zu allem anderen, was auch österreichische Eltern finanzieren müssen (Schulbuchgutschein, Elternvereinsbeitrag, Werkunterricht, Wandertag, Schulmilch,



Klassenkasse, Sonderwünsche der Lehrer und und und) und haben pro Kind und Woche ca. € 22,00 für alles zur Verfügung.

Wo österreichische Schulkinder die „Öffis“ stürmen, brauchen Flüchtlingskinder entweder Eltern, die die Fahrtkosten aufbringen können, oder sie haben – buchstäblich – das Nachsehen.

Annemarie Moser

Quelle: asylkoordination aktuell 3/01

Radek Knapp

Herrn Kukas Empfehlungen

Auf Empfehlung seines Nachbarn Herrn Kuka reist Waldemar in den „Goldenen Westen“ nach Wien. Gegen eine Flasche Wodka hat er auch noch den Namen des preiswertesten polnischen Reiseunternehmens erfahren: Dream Travel. Der Reisebus schaut aus wie ein umgestürzter Kühlschrankschrank, voll mit Wodka und Krakauer Würstchen und mit-tendrin unser Held— Tagträumer und Moch-tegern-Frauenliebhaber.

Nach der abenteuerli-chen Grenzüberque-rung steht er unbe-kümmert und völlig mittellos in Wien und erlebt seine blauen Wunder im „Goldenen Westen“.

Mit hintergründigem Humor erzählt der As-pekto-Literatur-preisträger von eroti-schen und kapitalisti-schen Versuchen, lässt ihn in böse Fallen tappen und zimmert aus den Verwirrungen des Zauberlehrlings Waldemar ein unter-haltsames und durch-triebenes Buch.

Radek Knapp wurde 1964 in Warschau ge-boren und lebt seit 1976 als Schriftsteller in Wien.

Unser Ehrenobmann Ludwig Raffelsberger - ein Achtziger !



1922 in Wien geboren, bei Pflegeeltern in bescheidenen Verhältnissen aufgewach-sen, war er durch die katholische Erzie-hung auch in Kinder- und Jugendorgani-sationen der Kirche. Während seiner Spenglerlehre kam er in Kontakt mit den sozialdemokratischen Arbeitern und wur-de politisiert: Hitler bedeutet Krieg ! Ent-täuscht von der Haltung der Kirche beim Einmarsch Hitlers und enttäuscht von ei-nem Freund, trat er in den Kommunisti-schen Jugendverband ein.

Der Kampf gegen den Faschismus war ihm wichtig. Er meldete sich zum Arbeits-dienst in der Rüstungsindustrie der Wiener Neustädter Flugzeugwer-ke. Dort hatte er, beschäftigt in der Endkontrolle, die Möglichkeit zur Sabotage, und manipulierte Benzinleitungen. Er organisierte eine Wi-derstandsgruppe (politische Schulung und Flugblätter gegen Hitler) mit anderen jungen Menschen, darunter seine spätere Frau Martha.

Am 1. Mai 1942 nach seinem 20. Geburtstag wurde er verhaftet, ver-hört und tagelang gefoltert. Im Dezember 1943 kam es zum Prozess. Der Staatsanwalt forderte die Todesstrafe. Das Glück, einen Richter zu haben, der kein „Nazifreund“ war und die Tatsache, dass Teile sei-ner Akte bei einem Alliierten-Bombenangriff vernichtet wurden, ret-eteten ihm das Leben. 10 Jahre Zuchthaus lautete das Urteil. Zwei seiner Freunde wurden bei einem anderen Richter zum Tode verur-teilt.

Verbüßung der Strafe in Ludwigsburg – dort zur Arbeit gemeldet – wieder Sabotage an Elektromotoren. Von Amerikanern 1945 befreit, traf er zwei Monate nach Kriegsende im zerstörten Wiener Neustadt um 5 Uhr früh bei „seiner“ Martha und ihren Eltern ein.

Nach dem Krieg hat Ludwig Raffelsberger immer für die Arbeiterbe-wegung gearbeitet und war aktiv mit ihr verbunden. Er war lange Zeit Sekretär der österreichisch-sowjetischen Gesellschaft. Politische Enttäuschungen blieben ihm nicht erspart. Diese und der schwere Schlag, als seine geliebte Frau starb, waren harte Prüfungen. So kam er zur „Aktion Mitmensch Wiener Neustadt“, seine Erfahrungen und seine Liebe zu Menschen machten ihn zu einem wichtigen, ja dem wichtigsten „Motor“ des Vereins. Dafür ein großes Danke !

Lieber Wikerl, ich kann mich noch daran erinnern, wie ich als kleiner Bub an deinen Lippen gehangen bin und jedes Wort deiner Erzählun-gen aus der bitteren Nazizeit bewundernd aufgenommen habe. Du und viele andere waren meine stillen Helden.

Deine Geschichte ist nicht nur für mich, auch für „Aktion Mitmensch Wiener Neustadt“ eine Quelle der Kraft, unbeirrt für ein solidarisches Miteinander einzutreten.

Wir wünschen dir und deiner Lebensgefährtin noch viele gesunde Jahre mit der Familie und unter uns!

Reinhard Panzenböck sen.

Impressum:

Eigentümer & Herausgeber:
Aktion Mitmensch Wiener Neustadt,
2700 Wiener Neustadt, Postfach 7

Redaktion:
Reinhard Panzenböck, Maximilian Huber,
Annemarie Moser, Layout: Anna Seif
Druck:
Kopierzentrum Rauch, 2700 Wiener Neustadt

**Bar freigemacht
beim Postamt
2700 Wiener Neustadt**